



Alt-Nazi Meyer 1959, Sozialdemokrat Schmidt 1958: Die SPD-Spitze war erstaunlich gutgläubig

ZEITGESCHICHTE

Brauner Bluff

Auf der Jagd nach Wählerstimmen warben CDU und SPD in der Nachkriegszeit um die Veteranen der Waffen-SS. Eine Studie beschreibt, wie die Volksparteien dabei ausgenutzt wurden.

Am Abend des 7. August 1953 ist der Jugendstil-Saal des Winterhuder Fährhauses gut gefüllt. Graublauer Zigarettenqualm schwebt über den Männern mit dem harten Gesicht. Unter ihrem Hemd tragen viele die Tätowierung der Blutgruppe am linken Oberarm. Es sind Veteranen der Waffen-SS, die sich in dem Hamburger Ausflugslokal versammelt haben.

Die Bundestagswahl steht bevor, und der Redner, ein kleingewachsener, schneideriger ehemaliger Oberleutnant, wirbt um Hitlers einstige Elitetruppe. Als alter Kriegskamerad müsse er sagen, dass er „immer das Gefühl besonderer Zuversicht“ gehabt habe, wenn die Waffen-SS neben ihm kämpfte. Leider würden deren Angehörige oft mit denen der Gestapo verwechselt und zu Unrecht angeklagt, berichtet später erfreut eine Zeitschrift der Waffen-SS-Veteranen über die Veranstaltung.

Die Reaktion des Publikums auf die Rede ist nicht überliefert, aber einiges spricht dafür, dass der Hamburger Verkehrsdezernent dröhnenden Applaus be-

kam. Der Mann ist Sozialdemokrat, Volkswirt, steht damals am Beginn einer beispiellosen politischen Karriere und heißt: Helmut Schmidt.

Er ist nicht der Einzige, der um die Veteranen der Waffen-SS buhlt. Auch CDU-Kanzler Konrad Adenauer und SPD-Nachkriegschef Kurt Schumacher werben um die Wählerstimmen der früheren Elitetruppe, die von den alliierten Richtern im Nürnberger Militärtribunal zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt wurde. Adenauer besucht sogar Waffen-SS-General Kurt Meyer („Panzer-Meyer“), der im Gefängnis im westfälischen Werl einsitzt, weil er 1944 in Frankreich etwa 20 kanadische Kriegsgefangene hinrichten ließ.

Später lobten Konservative wie der Philosoph Hermann Lübbe die Gründergeneration für ihren sanften Umgang mit der SS-Truppe. Die „Integration“ habe die Stabilität der jungen Demokratie erst sichergestellt. Doch immer wieder wird diese Bewertung von jüngeren Historikern angezweifelt. Der Bielefelder Wissenschaftler Karsten Wilke hat diese These nun in besonderer Weise erschüttert.

Wilke hat sich die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) vorgenommen, den 1992 auf Bundesebene aufgelösten Traditionsverband der Waffen-SS, deren Unterlagen er auswerten konnte*.

Danach gaben sich die Alt-Nazis zwar geläutert („Wo das Verbrechen anfängt, hört die Kameradschaft auf“), doch intern dominierte der braune Ungeist. Das Entgegenkommen von Demokraten wie Schmidt oder Adenauer blieb im Kern ohne Gegenleistung. Stattdessen nutzten HIAG-Vertreter die verbreitete, aber unbegründete Angst vor ihrer Klientel, um sich eine Altersversorgung zu sichern und trugen durch öffentliche Geschichtsklitterung dazu bei, dass Verbrechen jahrelang ungeahndet blieben. Die HIAG schrieb „die Waffen-SS in die ‚Legende von der sauberen Wehrmacht‘ ein“, urteilt Wilke.

Dabei war die braune Truppe während des Krieges besonders rücksichtslos gegen Gefangene und Zivilisten vorgegangen. Zu den ursprünglich nur aus Freiwilligen, dann auch aus Wehrpflichtigen rekrutierten Divisionen, die sich als bewaffneter Teil der SS verstanden, gehörten zudem die SS-Totenkopfverbände, die die Konzentrationslager bewachten. Auch deshalb warfen die Nürnberger Richter der Waffen-SS Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor.

Nach 1945 hatten deren Veteranen zwar keine politischen Ambitionen, wohl

* Karsten Wilke: „Die ‚Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit‘ (HIAG) 1950–1990“. Schöningh-Verlag, Paderborn; 464 Seiten; 58 Euro.

aber wollten sie die gleichen schönen Übergangsgelder und Renten wie Wehrmachtsangehörige und natürlich eine Rehabilitation vom Nürnberger Urteil.

Die HIAG hielt daher nicht nur zur regierenden CDU engen Kontakt, sondern auch zu den oppositionellen Sozialdemokraten. Die SPD war als Partei des Widerstands eine moralische Instanz. Die Jahre im KZ hatten ihren Vorsitzenden Schumacher zum einbeinigen Krüppel gemacht. Dennoch empfing er 1951 eine HIAG-Delegation in Bonn und öffnete damit den Veteranen eine Tür zur SPD.

Der Einfluss der HIAG beruhte vor allem auf maßloser Übertreibung. Ihre Sprecher nahmen für sich in Anspruch, bis zu zwei Millionen Menschen zu vertreten, und sie lockten die Sozialdemokraten mit der Aussicht, „Millionen deutscher Stimmen zu gewinnen“. In Wahrheit lebten gerade einmal 250 000 Veteranen in Westdeutschland. Nur acht Prozent hatten sich bei der HIAG organisiert – kein sonderlich eindrucksvolles Potential. Aber der Bluff gelang.

Schumacher rechtfertigte sein Treffen mit dem Hinweis, es sei „keine gute Sache für eine junge Demokratie“, wenn sich ein so großer Block Unzufriedener bilde.

Vor allem der aus der Haft entlassene und später zum Bundessprecher der HIAG aufgestiegene „Panzer-Meyer“ spielte geschickt mit diesen Ängsten. Mal drohte der charismatische Ex-General, seine Männer könnten „aus Dummheit“ zu rechtsextremen Parteien abdriften, wenn sich die SPD nicht für sie einsetze. Dann wieder erzählte er, der sowjetische Botschafter habe den Kontakt zu ihm gesucht. Solche Versuche von östlicher Seite hätten „gewisse Erfolgschancen“, sollte die „Eingliederung der früheren Waffen-SS-Angehörigen im demokratischen Staat auf Schwierigkeiten stoßen“.

Die SPD-Spitze war erstaunlich gutgläubig. Schon Schumacher übernahm unbedenken die Behauptung der HIAG, die Veteranen der Waffen-SS hätten sich überwiegend vom Nationalsozialismus gelöst und seien in eine „ausgesprochene Paria-rolle“ geraten, aus der man ihnen heraushelfen müsse.

Später hielten die SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Erler – auch er einst ein Mann des Widerstands – und Helmut Schmidt den Kontakt zur HIAG. Sozialdemokraten traten auf deren Veranstaltungen auf und trugen dazu bei, dass die rechte Truppe gesellschaftsfähig blieb. Im Bundestag stimmte die SPD im Einklang mit der regierenden CDU dafür, dass die Waffen-SS in der Rentenfrage nach und nach der Wehrmacht zum Teil gleichgestellt wurde.

Das Entgegenkommen der Demokraten blieb ohne Gegenleistung.

Immerhin blieb die Bundeswehr, in der die SS-Offiziere gern ihre Karriere fortgesetzt hätten, der HIAG-Klientel weitgehend verschlossen.

Nach außen gaben sich viele HIAG-Leute geläutert. Der verurteilte Kriegsverbrecher Meyer versicherte Erler, Kriminelle hätten „in der HIAG nichts zu suchen“. Als 1959/60 eine Welle antisemitischer Schmierereien in der Bundesrepublik Aufmerksamkeit erregte, bot er öffentlich an, ehemalige Waffen-SSler könnten vor Synagogen und jüdischen Friedhöfen Wache schieben – ein ebenso geschickter wie zynischer PR-Coup.

Natürlich kam es nie dazu, und intern distanzierte sich Meyer von dem Vorschlag. Stattdessen hielt die HIAG-Spitze Kontakt zu Rechtsextremisten. In den

Stellungnahmen der Basis fand Wilke „durchgängig antidemokratische, rassistische und antisemitische Positionen“.

So schrieb ein HIAG-Mitglied 1959 an Meyer: „Es ist leider so, dass beinahe alles, was mit der Öffentlichkeit zu tun hat, von israelischer Seite geführt und wesentlich beeinflusst wird.“ Noch deutlicher wurde ein bayerisches HIAG-Mitglied: „Das wieder mächtig gewordene Judentum (...) würde nicht zögern, jeden Abgeordneten politisch zu zerschmettern, der es wagen sollte, für die Rechte der Angehörigen und Hinterbliebenen der ehemaligen Waffen-SS einzutreten.“

Im Jahr 1953 zogen HIAG-Anhänger mit einem martialischen Fackelzug bei einer „Sonnenwendfeier“ zur schwäbischen Burg Staufenneck und grölten das Lied „Das ist die Garde, die Adolf Hitler liebt“. Kurt Meyer junior, der Sohn von „Panzer-Meyer“, schrieb später, ein Foto des Vaters mit Hitler habe über dem Schreibtisch des HIAG-Sprechers gehangen.

Als Anfang der sechziger Jahre deutlich wurde, dass für die HIAG keine weiteren Vorteile zu erlangen waren, driftete der Verband nach und nach in den offenen Rechtsextremismus. So gab der Bundesverband zeitweise einen Kalender heraus, in dem nationalsozialistische Gedenktage eingetragen waren.

Doch es dauerte bis in die achtziger Jahre, dass erst die SPD und dann auch die CDU ihren Kurs offiziell korrigierten. Von 1981 an durften HIAG-Mitglieder nicht mehr Genossen sein.

Danach wurde die Sozialdemokratie nur noch einmal durch das Thema aufgeschreckt. 2006 bekannte der langjährige Sozialdemokrat, SPD-Wahlkämpfer und Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass, in der Waffen-SS gekämpft zu haben. Allerdings: Er war nie Mitglied der HIAG.

RAFAEL BINKOWSKI, KLAUS WIEGREFE